BUNTE WIESE

Es wird Zeit, daß mehr von dem an die Öffentlichkeit dringt, was die Coesfelder GRÜNEN tun, und warum sie es tun. Deshalb die BUNTE WIESE. Sie soll unsere Flugblätter ergänzen und in gebündelter Form eine Übersicht über unsere Initiativen geben. Wer mitmachen will: Wir treffen uns dienstags abends um 20 Uhr im GRÜNEN Büro, Jakobiring 4.

Dort ist auch die 1.Ausgabe der BUNTEN WIESE mit unserem Alternativhaushalt zu bekommen.

Impressum

Mitgearbeitet haben Karin Chmiel, Margret Schröder, Henning Waterkamp und Peter Jansen.
v.i.S.d.P.:
Peter Jansen, Gaupel 20,
4420 Coesfeld

Den Wohnwert steigern

Das neue Baugebiet hinter der Marienburg könnte einmal „anders" aussehen.
Unsere Vorschläge auf Seite 2

•

„Hausbesetzung" im GRÜNEN BÜRO.

Die Odyssee einer Wohnungssuche auf Seite 3

•

Beirat erstarrt, Ausschuß diskussionsunfähig aber: Bewegung in der Arbeitslosenbegegnungsstätte

Bericht auf Seite 5

•

Brennelemente aus Hamm nach Ahaus ?

Der AKU erhebt Einspruch. Seite 4

•

Der schwarze Filz

Wie personale Verquickungen zu Ungleichbehandlungen führen. S 6

•

Ostermarsch als Fahrrad-Demo

Aufruf zum Ostermarsch S. 8

Den Wohnwert steigern

Vorschläge zum Wohngebiet „Marienburg"

Hinter der Marienburg wird ein neues Wohngebiet entstehen. Mit einem Antrag wollen wir die Verwaltung beauftragen, bei den inhaltlichen Festlegungen des Bebauungsplans die folgenden Vorgaben zu berücksichtigen, die zum Ziel haben, den ökologischen Wert des Wohngebiets zu erhöhen, den Wohnwert zu steigern und die Bau- und Energiekosten zu senken.

1. Um die Sonnenwärme optimal nutzen zu können, sollen die Häuser in Südausrichtung konzipiert werden.
Die Dachneigungen sollen so festgelegt werden, daß auf der Südseite flache, heruntergezogene Dächer und auf der Nordseite steilere Dächer liegen.

2. Im Baugebiet sind überwiegend Reihenhäuser oder Schachtelbauweise vorzusehen. Dadurch werden der Flächen- und der Energiebedarf reduziert. Gleichzeitig sollen die Baukosten niedrig gehalten werden, damit auch weniger vermögende Bauherren dort bauen können.

3. Es sollen Varianten erarbeitet werden, die (beispielsweise durch Kraft-Wärme-Koppelung) den Verbrauch und die Kosten für Strom und Wärme minimieren. In diesem Zusammenhang regen wir an, daß solche Varianten von Seiten der Fachhochschule in Münster im Rahmen einer Diplomarbeit beschrieben werden können. Andernfalls müßten diese Varianten von der Verwaltung oder von einem Planungsbüro erarbeitet werden.

4. Um unnötige Verkehrswege zu vermeiden, soll das Wohngebiet mit einer entsprechenden Infrastruktur (z.B. Lebensmittelgeschäft und Möglichkeiten für die Einrichtung von Dienstleistungsbetrieben) versehen werden.

5. Um die städtische Kanalisation nicht unnötig zu belasten, der Hochwassergefahr vorzubeugen und die Grundwasservorräte zu erhalten, soll das Regenwasser getrennt gesammelt werden, als Brauchwasser genutzt werden und ansonsten versickern.

6. Zum Spielen, Feiern und als Treffpunkt soll eine gemeinsam nutzbare Fläche eingeplant werden.

7. Der Versiegelungsgrad der Grundstücke soll im Bebauungsplan sinnvoll begrenzt werden. D.h. nur ein bestimmter Teil des Grundstücks darf "versiegelt", also z.B. asphaltiert werden.

8. Für die Gestaltung der Freiflächen und die Bepflanzungen soll ein Grünordnungsplan erarbeitet werden, wie er in manchen Bundesländern verbindlich vorgeschrieben ist.

kein Platz für Wohngemeinschaften

Odyssee einer Wohnungssuche

"Sie können sich auch obdachlos melden und wir weisen Sie ins Obdachlosenasyl ein." Daß solcherlei Auskunft für einen 20jährigen wie Udo* keine geeignete Perspektive aufzeigt, ist sicherlich auch den Mitarbeitern des Coesfelder Ordnungsamtes klar. Aber die Wohnungen sind nun mal kanpp in Coesfeld.

Seit gut einem Jahr suchen Udo, Conny und Uli eine Wohnung. Dabei erstreckt sich ihre Wohnungssuche längst auf das gesamte Münsterland. Und immer wieder dieselben Erfahrungen mit ängstlichen Vermietern: "Ich habe nichts gegen Wohngemeinschaften, aber eine Familie mit geregeltem Einkommen ist mir lieber."
Dabei brauchten sich die Eigentümer um die Miete eigentlich keine Sorgen zu machen. Die drei haben nicht viel, aber regelmäßiges Geld und im Zweifelsfall wird die Miete ohnehin vom Sozialamt übernommen.

Also ist Udo erstmal in einem Notbehelf bei einem Freund untergekommen. Von da zieht er zu einer Verwandten, bis sich dort die Situation auf Grund der allzu beengten Verhältnisse zuspitzt.

Seitdem wohnt Udo in einem neuen Notbehelf, dem GRÜNEN BÜRO im Jakobiring.

Auch Conny kann nicht mehr lange wohnen bleiben, wo sie jetzt ist. Also trampt Udo von morgens bis abends durchs Münsterland, um irgendwelchen Hinweisen auf leerstehende Häuser und Gerüchten um freie Wohnungen nachzugehen.

In dieser Situation findet sich in Coesfeld eine Wohnung mit den idealen Bedingungen: 3 Zimmer, 83m², 685 DM kalt. Auch der Verwalter will an die drei vermieten.
Doch die aufkommenden Glücksgefühle halten nicht lange an. Den erforderlichen Wohnberechtigungsschein würde zwar jeder einzelne von den dreien bekommen können, dann aber nur für jeweils 40m². Und "Zusammenlegen" von Wohnberechtigungsscheinen ist im Gesetz lediglich bei Rentnern vorgesehen.

DIE GRÜNEN im Bundestag haben im März letzten Jahres einen Gesetzentwurf eingebracht, der vorsieht, Wohnungsbau- und Wohnungsbindungsgesetz auch für Wohngemeinschaften, unverheiratete Paare und homosexuelle Lebensgemeinschaften zu öffnen.
Das Grundgesetz verspricht jeder Person die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Demzufolge müßten auch alle Menschen die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, mit wem sie wohnen und leben wollen, heißt es in der Begründung.

Auch alleinerziehende Mütter oder Väter würden sich gerne in Wohngemeinschaften zusammentun, wenn es entsprechenden Wohnraum gäbe.
Und für alte Menschen könnte die Möglichkeit einer Gemeinschaftswohnung eine sinnvolle Alternative zur Einsamkeit im Altersheim eröffnen.
Der Gesetzentwurf ist an den zuständigen Ausschuß überwiesen worden und liegt seitdem auf Eis, ohne daß es zu einer Debatte gekommen wäre.

Inzwischen beschließen Udo und seine 18 jährige Freundin Conny zu heiraten. Dann nämlich würde das Wohnungsamt einen Wohnberechtigungsschein ausstellen wollen mit der Auflage "innerhalb eines halben Jahres zu heiraten".

Zwar stehen auch einem verheiratetem Paar nur 2 Räume zu, aber "in der Erwartung, daß dann auch ein Kind kommt" und weil dem jungen Glück dann nicht schon wieder ein Umzug zumutbar wäre, würde das Wohnungsamt auch für die 3 Zimmer-Wohnung einen Wohnberechtigungsschein ausstellen.

All diese Überlegungen nehmen ein paar Tage in Anspruch und als sich Udo wieder beim Verwalter meldet, ist die Wohnung anderweitig vergeben.

Mittlerweile kennt Udo fast alle leerstehenden Häuser im Münsterland. Daß Eigentum verpflichtet, davon scheinen manche Hausbesitzer noch nichts gehört zu haben.
Manchmal ist es nicht leicht herauszubekommen, wem ein leerstehendes Haus gehört; denn beim Grundbuchamt gibt man nur demjenigen Auskunft der ein "berechtigtes" Interesse" nachweist. Wohnungsnot gilt nicht als solches.

Inzwischen hat Udo eine neue Übergangslösung gefunden. Weit ab von Coesfeld nahe der holländischen Grenze. Wenn er Glück hat, kann auch Conny dort wohnen, aber die Idee von der Wohngemeinschaft läßt sich so ohne Weiteres dort nicht verwirklichen.

Vielleicht ist der Antrag der Bonner GRÜNEN bis zur nächsten Wohnungssuche beraten, aber große Durchsetzungschancen hat er nicht. Und daß die GRÜNEN mit ihren Initiativen etwas für den sozialen Wohnungsbau erreichen werden, ist bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen auch wenig wahrscheinlich.

Schließlich gibt es laut Bundesbauminister Schneider (CDU) keine Wohnungsnot.

* alle Namen geändert

Nirgends, nie woll'n wir sie, die Atommüll-Deponie

Seit längerer Zeit bereits wird in Ahaus ein Brennelemente-"Zwischen"lager gebaut. Ursprünglich war das BEZ "nur" für die Lagerung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren vorgesehen. Jetzt hat die Betreiberfirma beantragt, nach der Fertigstellung des BEZ auch fast 6 MILLIONEN (!) bestrahlte Kugelbrennelemente aus dem Thorium-Hochtemperatur-Reaktor Hamm-Uentrop lagern zu dürfen. Der Arbeitskreis Umwelt Gronau (AKU) hat gegen das Vorhaben generellen Einspruch erhoben. In der Be-gründung heißt es:

- "Die Lagerung von abgebrannten Brennelementen aus dem Thorium-Hochtemperaturreaktor über einen längeren Zeitraum hinweg ist noch nicht praktiziert worden. Die Dichtigkeit der Lagerbehälter kann nicht garantiert werden; Niedrigstrahlung kann nicht zurück gehalten werden.

- Das BEZ liegt in einem militärischen Tiefluggebiet. Ein Absturz über dem BEZ hätte katastrophale Folgen. Die Lagerhalle ist nicht gegen Abstürze gesichert !

- Die Entsorgung des BEZ ist nicht möglich, da es kein Endlager gibt. In einem Schreiben der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es dazu: "Auch das Entsorgungsproblem ist nicht gelöst, es gibt beispielsweise in der Bundesrepublik kein atomares Endlager." Das BEZ würde also kein "Zwischenlager", sondern ein Endlager werden.

- Die Bevölkerung im Kreis Borken und Umgebung muß bereits jetzt mit zahlreichen Atomanlagen leben (UAA's in Gronau und Almelo/NL, AKW Lingen etc.). Die Belastungen durch Niedrigstrahlung und durch Unfälle (AKW Lingen) sind bereits jetzt nicht mehr tragbar !

- Der Transport der Brennelemente von Hamm nach Ahaus, der mit der Bundesbahn erfolgen soll, birgt unwägbare Risiken für weite Bevölkerungskreise. Es ist davon auszugehen, daß die Transporte über die Strekke Hamm - Münster -Steinfurt-Gronau - Ahaus gehen sollen:

Diese Route wird beinahe täglich von militärischen Tiefliegern überflogen. Ein Absturz auf einen Atomtransport kann angesichts der jüngsten Flugzeugkatastrophen nicht ausgeschlossen werden. Die Folge wäre eine enorme Radioaktivitätsfreisetzung.

Die Anwohner der Bahntrassen, besonders in Bahnhofsbereichen, müßten noch stärker als andere Bevölkerungskreise Unfallrisiken und Niedrigstrahlung tragen. Dies gilt verstärkt für Angestellte der Bundesbahn.

Die oben genannte Bahnstrecke kreuzt unbeschrankte Bahnübergänge und Übergänge in scharfen Kurven (z.B. B 54 zwischen Ochtrup und Gronau). Besonders hier können Unfälle nicht ausgeschlossen werden. Diese Transportgefahren dürfen nicht unabhängig vom Betrieb des BEZ gesehen werden !"

AKU

Arbeitskreis
Umwelt Gronau
Siedlerweg 7
4432 Gronau

Schließen Sie sich dem Einspruch des AKU an. Von den Auswirkungen eines Unfalls sind auch wir in Coesfeld betroffen. Unterschriftenliste im GRÜNEN BÜRO, dienstags abends.

Über die Lust an der Auseinandersetzung

In der Arbeitslosenbegegnungsstätte tut sich etwas. Über die Konzeption wird gesprochen, die Gründung eines Vereins ist im Gespräch, Projekte sollen initiiert werden und der Beirat hat Mühe, seinen Dornröschenschlaf fortzusetzen. Mit einem eigenen Antrag haben wir unsere Vorstellungen zur Arbeitslosenbegegnungsstäte dargelegt und versucht, damit eine Diskussion über die Konzeption in Gang zu bringen. Die "Diskussion" begann mit einer Provinzposse, aber es bewegt sich trotzdem etwas.

Unser Vorschlag

1. Die Begegnungsstätte soll denen zugute kommen, die gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Neben der Beratung bei Behördengängen und in wirtschaftlichen Fragen sollen in Hinblick auf die schwierige psychische Situation individuelle Hilfen angeboten oder vermittelt werden, so daß gesundheitlichen Schäden vorgebeugt wird.

2. Gegenüber anderen an den Rand gedrängten Gruppen (Sozialhilfeempfängern, Rentnern, Flüchtlingen) soll das Haus geöffnet werden. Um mögliche Hemmschwellen abzubauen, sollte das Haus in "Begegnungsstätte" umbenannt werden.

3. In der Vergangenheit hat es immer dann Probleme gegeben, wenn sich die Arbeitslosen selbst zu Wort gemeldet haben. Insbesondere die Flugblätter der Gruppe Öffentlichkeitsarbeit wurden von der Stadt nicht gedruckt, weil sie nicht als offizielle Verlaubarungen der Begegnungsstätte angesehen wurden. Deshalb fordern wir einen Fonds, über den die Besucher selbst entscheiden können.

4. Durch kulturelle Angebote soll das Angebot bereichert werden (z.B. durch Dichterlesungen in türkischer Sprache).

5. Die Probleme der Leistungsorientierung und der Ausgrenzung beginnen nicht erst mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, sondern wirken als Entfremdung, als Konkurrenzkampf oder als Überforderung auch auf diejenigen, die (noch) Arbeit haben. Eine Aufgabe der Begegnungsstätte sollte deshalb auch sein, in einzelnen Projekten neue Modelle von Arbeit zu entwickeln, die den menschlichen Bedürfnissen besser entsprechen.

Sperrmüll-Weiterverwendung

Mit einem detaillierten Vorschlag für ein Projekt zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen wir beispielhaft aus, in welche Richtung unsere Überlegungen gehen: Nachdem in Coesfeld die Sperrmüllabfuhr auf das Abrufverfahren umgestellt ist, kann niemand mehr die Straßen nach verwertbaren Stücken absuchen. Für manch einen sind solche Fundstücke unbedingt notwendig und was den Müllberg betrifft, sind die Hövener Bürger froh um jedes Stück, das nicht auf der Müllkippe landet.
Dem könnte abgeholfen werden, wenn die Bürger von der Stadt aufgefordert werden, verwertbare Stücke einem Arbeitslosenprojekt zur Verfügung zu stellen.

Statt Diskussion - versuchter Rausschmiß

Im Jugend- und Sozialausschuß sollte über die Konzeption gesprochen werden. Der Beirat der Begegnungsstätte war eingeladen und als Zuschauer waren zahlreiche Besucher der Begegnungsstätte da. Außer uns hatte keine andere Fraktion und auch niemand aus dem Beirat irgendeinen Vorschlag zur Konzeption entwickelt.
Doch statt sich inhaltlich mit uns auseinanderzusetzen, wollte die SPD unter Hinweis auf eine angeblich unklare Vertretungsregelung den einzigen GRÜNEN-Vertreter aus der Sitzung verweisen. Dies, obwohl die Juristen der Verwaltung ausdrücklich bestätigten, die Vertretungsregelung sei so auszulegen, daß er an der Sitzung teilnehmen könne. Schließlich warben SPDler bei der CDU um Zustimmung für den Rausschmiß und die SPD-Fraktion wollte sogar "den Saal verlassen", wenn der GRÜNE an der Sitzung teilnähme.
Am Ende einigte man sich so, daß die Veranstaltung keine offizielle Sitzung, sondern nur ein Gespräch sein solle - **mit** dem GRÜNEN.

Fortsetzung Seite 6

So ist zumindest der Beirat doch noch arg in Bedrängnis geraten. Immerhin haen sich die dort versammelten Funktioäre aus Kirche, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Industrie- und Handelskammer, Gewerkschaft, Verwaltung usw. 2 Jahre lang selbst beweihräuchert und kein einziges konstruktives Ergebnis zustande gebracht. Das aus purer Untätigkeit und nicht etwa, weil sich die Funktionäre in Sachfragen zerstritten hätten. Damit es nicht so auffällt, hatte der Beirat gleich zu Anfang entschieden, daß die Sitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Doch soll dieser Beschluß demnächst aufgehoben werden.
Na bitte - wenn das kein Fortschritt ist !

Beweglicher sind da die Arbeitslosen. Sie überlegen, einen Verein zu gründen, über den einzelne Projekte laufen könnten. Doch soll erstmal klein angefangen werden bis noch mehr Leute mitmachen. Langfristig könnte dieser Verein dann auch die Trägerschaft der Begegnungsstätte übernehmen.

Um der strittigen Frage wegen derVertretungsregelung aus dem Weg zu gehen, haben wir inzwischen Ralf Averdiek zum "sachkundigen Bürger" im Sozialausschuß gemacht. Mit ihm vertreten sich die Besucher der Arbeitslsenbegegnungsstäte nun selber, wenn es um die entsprechenden Fragen geht.

Der schwarze Filz

Nirgendwo versickert Regenwasser so gut wie auf sandigem Boden. Deshalb lassen die Anlieger im Letter Wohngebiet "Im Sanden" seit eh und je das Wasser von Dach und Terrasse in den Gärten versickern. Das entlastet Kanalnetz und Klärwerk. So sprach sich auf der Bürgeranhörung im letzten Jahr auch nur ein einziger Anlieger für den geplanten Ragenwasserkanal aus: Heinrich Bruns, Vorsitzender der Nachbarschaft und Vorsitzender der CDU-Fraktion in einer Person.

Die CDU Mehrheit setzte die Maßnahme durch, der Kanal ist gebaut. Nun ist es Aufgabe der Stadt, den alten Straßenzustand (eine einfache Asphaltdecke) wiederherzustellen. Doch was unter "Wiederherstellung" zu verstehen ist, wird in den verschiedenen Stadtteilen höchst unterschiedlich gehandhabt.

Im Sanden sollen die Straßen verbreitert, Bordsteine gesetzt, Parkspuren eingerichtet und die Kreuzungen aufgepflastert werden. Ein Ausbau vom Feinsten. Über die Kosten ist wenig zu erfahren, über Preise schweigt sich die Verwaltung aus.

In anderen Stadtteilen führte jede Veränderung im Straßenbild zu Kosten, die auf die Anlieger umgelegt wurden, "Wiederherstellung" wurde eng ausgelegt. Nur Im Sanden soll das Straßenbild völlig neu gestaltet werden und für die Anlieger entstehen aus Sicht der Verwaltung "keine Kosten". Soweit sich der Straßenneubau nicht als "Wiederherstellung" darstellen läßt, soll er nämlich "in Eigenleistung" durchgeführt werden.

Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn nicht in anderen Stadtteilen gerade dies den Nachbarn versagt würde. So fragten auch Anlieger aus dem Loburger Viertel nach, ob sie durch Eigenleistung beim Umbau der Straßen Kosten sparen könnten. Antwort aus CDU und Verwaltung: ein klares NEIN.

In anderen Wohngebieten werden die Hauseigentümer beim Straßenausbau mit Preisen von ca. 18 DM je Quadratmeter anrechenbarer Grundstücksfläche belastet. Für die Haushalte sind das oft dicke Brocken von 6 bis 10.000 Mark.
Im Sanden werden die Anlieger dagegen keine Rechnung von der Stadt erhalten. Denn hier schließt der Nachbarschaftsvorstand (Bruns) mit den Anliegern Privatverträge über die "Eigenleistung" ab. Sogar der städtische Kostenanteil von 10% der Baukosten soll da mit verrechnet werden.

Nun ist Heinrich Bruns nicht mehr nur Fraktionsvorsitzender der CDU und Vorsitzender der Nachbarschaft, sondern auch Bauunternehmer in spe.
Bei seinen Nachbarn, die schon für den ungewollten Regenwasserkanal gelöhnt haben, muß er einiges wieder gut machen. So läßt er seine "Beziehungen" spielen und setzt eine Ungleichbehandlung zu Gunsten "seiner" Nachbarschaft durch.

DVU setzt auf Altnazis

Die Anzeichen häufen sich, daß die rechtsradikale Deutsche Volksunion (DVU) auch in Coesfeld zu den anstehenden Wahlen antreten wird.
In allen umliegenden Gemeinden hat die DVU wegen Adressen-Aufklebern nachgefragt, die den Parteien auf Anfrage von der Stadtverwaltung verkauft werden.
Interesse hatte die DVU nur an den Männern der Jahrgänge 1900 bis 1930.

Die Stadtverwaltung hat beim Innenministerium nachgefragt - die hatten "keine Einwände"- und die Aufkleber ausgehändigt. Allerdings sollten, wenn schon, dann "auch die Frauen" mitgekauft werden. Immerhin kostet jeder Aufkleber 5 Pf. Für die 3800 Adressen muß die DVU nun in Coesfeld 190 DM berappen. Ein Klacks für den Geldsack des rechtsradikalen Großverlegers Gerhard Frey, Chef der DVU.

Auf Verwaltungsebene hätte sich der Adressendeal verhindern lassen, wenn auch alle anderen Parteien auf die Herausgabe von Adressen verzichtet hätten; im Meldegesetz ist nämlich formuliert: "Die Meldebehörde darf ....". Einen Rechtsanspruch hätte die DVU daraus nicht ableiten können, solange alle Parteien gleich behandelt werden. Durch die stillschweigende Abwicklung wurde diese Chance vertan.

Und dann gibt es ja auch noch den zivilen Ungehorsam, wenn sich nämlich die Angestellten der Stadt schlicht und einfach weigern, Faschisten in irgendeiner Weise zuzuarbeiten. So haben ja auch viele Postboten nicht an der Verteilung der jüngsten Postwurfsendung der DVU teilgenommen, obwohl sie wußten, daß sie deswegen mit einem Disziplinarverfahren behelligt werden.

Remscheider Mahnung

Wir Remscheider BürgerInnen trauern um die Opfer der Absturzkatastrophe.

Wir erkennen: **Rüstung tötet auch mitten im Frieden!**

Niemand kann den Sinn der ständigen Gefährdung der Zivilbevölkerung durch den Tiefflug-Terror begreifen. Uns leuchten die Begründungen für die geplanten Aufrüstungsmaßnahmen schon darum nicht ein, weil die Zeichen auf Abrüstung stehen.

Jetzt muß wirklich abgerüstet werden!

Wir fordern, auch in Verantwortung unserer Kinder und Enkel, das sofortige Verbot aller militärischen Übungsflüge über bewohnten Gebieten und aller Tiefflüge.

Remscheid, den 10.12.88

Ich unterstütze diese Mahnung und fordere die Bundesregierung auf, sämtliche Übungsflüge über bewohnten Gebieten und alle Tiefflüge in unserem Land sofort zu untersagen!

Name	Adresse	Unterschrift

Zuschriften an: Remscheider Friedensinitiative Uschi Hagmann-Teiner, Am Müggenbach 6, 5630 Remscheid

Spendenkonto: FI-Remscheid c/o E.Pütz Kto.-Nr. 2107152100 BFG-Remscheid (BLZ 340 101 11)

„Für Frieden - Gegen Gewalt und Krieg"

Am Ostermontag nach Dülmen. Der Friedenskreis Coesfelder Bürger, die Pax Christi-Gruppe und die GRÜNEN haben den Coesfelder Teilzug vorbereitet, dem sich auch Billerbeck und Reken anschließen wird. Gemeinsam bitten wir Sie: Beteiligen Sie sich am Ostermarsch, bringen Sie Freunde, Kollegen, Nachbarn und Ihre Kinder mit ! Helfen Sie, daß auch Ihre Nachbarschaft, Ihre Partei oder Ihr Verein zum Ostermarsch aufrufen !

4. OSTER-STERNMARSCH '89

von Coesfeld · Haltern · Lüdinghausen · Nottuln

Der Coesfelder Teilzug fährt mit dem Fahrrad.

11.15	Gottesdienst, gestaltet von Pax Christi, in der Lamberti-Kirche
12.15	Auftakt auf dem Marktplatz
12.30	Abfahrt, zunächst zum Heldendenkmal an der Letter Straße
13.00	Weiterfahrt zur Absturzstelle der Phantom in Goxel
14.00	Weiterfahrt nach Lette. Treffen mit dem Teilzug aus Reken
15.00	Weiterfahrt nach Dülmen
16.00	Kundgebung und Abschlußfest in Dülmen

Rückfahrt mit dem Bus.

Gemeinsamer Aufruf der Friedensversammlung des Kreises Coesfeld:

Frieden braucht Ruhe

- Abschaffung aller Tiefflüge und großflächiger Manöver !

Abrüstung

- Drastische Reduzierung aller Waffen !
- Vernichtung aller ABC-Waffen !
- Erst recht: Keine neuen Atomwaffen im Kurzdtreckenbereich !

Völkerverständigung

- Für intensive staatliche und menschliche Beziehungen zwischen Ost und West !
- Für eine gemeinsame Zusammenarbeit aller Nationen, um die dringenden ökologischen Probleme der Welt zu lösen !
- Für Partnerschaft statt Unterdrükkung auch zwischen Nord und Süd !

Gerechtigkeit

- Rüstungsgelder für soziale Aufgaben !
- Mehr Hilfe und Unterstützung für benachteiligte Menschen und Gruppen
- Eine herzliche und humane Aufnahme von Menschen aus anderen Ländern
- Keine Chance dagegen für die neuen und alten Nazis, für Ausländerhetze und Rassenhaß !